



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/149

24. Oktober 1949

Hilfstruppen der katholischen Kirche

Von sechskundiger Seite wird uns geschrieben:

Angesichts der immer häufiger in das Blickfeld der Öffentlichkeit tretenden katholischen Organisationen, die oft zu sehr weltlichen Dingen Stellung nahmen, ist es interessant, einmal die katholische Organisationsfülle genauer zu betrachten.

Da sind zunächst die reinen Pfarrorganisationen, es gibt Männer- und Mütter-, Jünglings- und Jungfrauenvereine. Sie haben ursprünglich die Aufgabe, das religiöse Leben in der Gemeinde zu vertiefen, veranstalten Vorträge erbaulicher Art und empfangen einmal monatlich gemeinsam die Sakramente. Die Pfarrvereinigungen der Männer sind im "Männerwerk der Diözese" zusammengefasst. Gleiches gilt für nahezu alle anderen Pfarrorganisationen. Mehr und mehr zeigt sich eine Tendenz, diese Verbände in das Tagesgeschehen, wie es die Kirche ihren Gläubigen darzustellen wünscht, einzugliedern. Auf der diesjährigen Tagung der Männerseelsorge in Fulda hielt z.B. Pater Hirschmann SJ ein Referat über "Staat und Kirche".

Neben diesen im Rahmen der Pfarrei aufgezogenen Landesvereinen gibt es andere Organisationen, z.B. den "Kreis junger Familien", der die eheliche Ethik der Kirche besonders pflegt, eine sehr aktive und verbreitete Gemeinschaft. Die Arbeit ist weitgehend von Laien getragen, ebenso wie in der "Katholischen Aktion", die in Deutschland allerdings erst wieder im Entstehen begriffen ist. Ihre Aufgabe ist die systematische Aktivierung des Laienelementes zur Wahrung und Vertiefung des katholischen Glaubens. Selbstverständlich arbeitet die "Katholische Aktion" in allerengster Verbindung mit der kirchlichen Hierarchie, sie wird immer mehr zu einem massgeblichen Willensträger der politischen Arbeit Roms. Als ihr Vorläufer hat sich in Frankfurt a.M. eine "Arbeitsgemeinschaft katholischer Laien-

verbände" gebildet, zu denen vornehmlich die "Katholikenausschüsse" gehören, von denen das katholische Jahrbuch 1948 über 170 aufzählt.

Daneben gibt es katholische Akademiker-, Lehrer- und Studentenverbände und vor allem die "Kolpingsfamilie" (im Jahre 1948 in Westdeutschland 120.000 Mitglieder und rund 400 Hospize), die sich der Handwerker annimmt. Stark gegliedert ist auch der Aufbau der Jugendarbeit, deren organisierter Mitgliederbestand im Jahre 1948 mit 900.000 angegeben wurde. Die Dachorganisation, der "Bund katholischer Jugend", entspricht im Aufbau den Diözesen. Als wichtigste in ihr zusammengefasste Jugendverbände sind zu nennen: Kolpingsjugend, Neudeutschland, Pfadfinderschaft St. Georg, Christliche Arbeiterjugend, Heliand, Marianische Kongregation studierender Jugend, Jugendbund des katholisch-deutschen Frauenbundes, Quickborn. Daneben seien als grosse Zentralverbände erwähnt: der Bonifatiusverein zur Förderung des katholischen Glaubens, der Barromäusverein zur Förderung der Studien (mit Buchereien in jeder einzigen Pfarrei), Cäcilienvereine für kirchliche Musik usw.

Christliche Gewerkschaftsbewegung gibt es als Körperschaften noch nicht wieder. Diese Gewerkschaften wurden, ebenso wie der

"Gewerkverein christlicher Bergleute" im Jahre 1894 von den katholischen Arbeitervereinen begründet. Es kam diesen Organisationen zu-

gute, dass den katholischen Arbeitern unter Gewissenszwang verboten war, Mitglied der Freien Gewerkschaften zu sein. Die meist politi-

schen Aufgaben, die früher u.a. den Gewerkschaften zufielen, leistet heute (neben den Katholikenausschüssen) vornehmlich die "Katholi-

sche Arbeiterbewegung". Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1948 bereits 150.000 für den Westen Deutschlands; ihr Präses ist Dechant

Dr. Schmidt, Verbandsvorsitzender der CDU-Bundestagsabgeordnete und Landtagspräsident von Nordrhein-Westfalen, Josef Gockeln. Diese

katholischen Arbeitervereine wurden von Professor Witze auf den Katholikentagen der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begründet.

Über ihre Zielsetzung sagt das (kirchenoffizielle) Staatslexikon der Görresgesellschaft in seiner letzten Auflage aus dem Jahre 1926:

"Zunächst galt es die Bewahrung der gläubigen Arbeiter vor der Sozialdemokratie. Es wurde den Mitgliedern die Unvereinbarkeit sozialistischer Ziele und Bestrebungen mit katholischer Rechtgläubigkeit, wie auch ihre wirtschaftliche und politische Unmöglichkeit dargetan".

Und in einer Denkschrift des gesamten deutschen Episkopats an Adolf Hitler vom 20. August 1935 heisst es über die Tätigkeit der katho-

lichen berufständischen Organisationen:

"In der Zeit der Parteienherrschaft war es notwendig, in den Vereinen parteipolitische Fragen zu behandeln und die Mitglieder gegen die marxistische Agitation ihrer Arbeitskollegen zu schützen. In dieser Beziehung haben die berufständischen Organisationen einen vaterländischen Dienst geleistet..."

Die Erfahrung der jüngsten Entwicklung beweist, dass in der heutigen "Zeit der Parteienherrschaft" die katholischen Ständevereine zu der oben erwähnten alten Zielsetzung zurückgefunden haben. Das müsste Veranlassung sein, ihre Wirksamkeit in der Fülle der hier nur sehr unvollständig aufgeführten kirchlichen Hilstruppen besonders zu beachten.

(b/P38/L/2410/hs)

Kommunisten in Verlegenheit

A.F. Paris, im Oktober 1949

Zwei Ereignisse haben in den letzten Wochen die französischen Kommunisten in empfindliche Verlegenheit versetzt: Der Rajk-Prozess in Budapest und das Glückwunschtelegramm Stelins an Pieck und Grotewohl. Nach dem Abfall Jugoslawiens hat der Budapester Prozess die französischen Kommunisten ziemlich die letzten Sympathien in den parteimässig nicht gebundenen Linkskreisen gekostet. Bezeichnend hierfür ist die Tatsache, dass der aussenpolitische Redakteur der so gut wie kommunistischen Zeitung "Liberation", Louis-Martin Chauffier, sich entschlossen hat, ein Telegramm französischer Intellektueller nach Budapest mit dem Ersuchen einer Revision des Rajkprozesses zu unterzeichnen. Der Fall Rajk und die sich daran anschliessende Säuberungsmassnahme in allen Oststaaten müssen andererseits innerhalb der Führung der französischen Kommunisten zu einem Wiederaufleben des Zwiespaltes zwischen den absolut moskauhörigen Elementen und einer mit dem Nationalkommunismus liebäugelnden Minderheit führen. Zahlreiche Anzeichen für die Missbilligung des Rajk-Prozesses seitens kommunistischer Arbeiter liegen denn auch vor.

Das Glückwunschtelegramm Stelins an Pieck und Grotewohl wurde von der kommunistischen "Humanite" überraschenderweise auf der

ersten Seite in grosser Aufmachung und zunächst ohne Kommentar abgedruckt. Da dieses Telegramm zwei Sätze enthält, die für jeden Franzosen, selbst für den erbittertsten Kommunisten, unannehmbar sind - die Hinweise auf die gemeinsamen Kriegsoffer und auf die grossen Möglichkeiten einer neuen, deutsch-russischen Zusammenarbeit - erfolgte seine Veröffentlichung auf der ersten Seite der kommunistischen Parteizeitung zweifellos auf besondere Anordnung von Moskau hin. Damit hat der Krenl seinen französischen Freunden einen sehr schlechten Dienst erwiesen, selbst wenn die mit der französischen Regierungskrise stark beschäftigte Presse es vorläufig unterlassen hat, die neue, aussenpolitische Kehrtwendung der Kommunisten propogandistisch auszuwerten.

Der aussenpolitische Redakteur der "Humanité" bemühte sich in den folgenden Tagen in zwei Leitartikeln, das Telegramm Stalins seinen Lesern schmackhaft zu machen. Der erste Artikel erinnert an die russische Unterscheidung zwischen dem Nationalsozialismus und dem deutschen Volk und zitiert einen während des Krieges von Stalin ausgesprochenen Satz, wonach die Rote Armee niemals Hassgefühle gegen das deutsche Volk haben könne. Diese Feststellung ist umso erstaunlicher, als gerade die kommunistische "Humanité" jahrelang ^{am stärksten} die hasserfüllte antideutsche Zeitung Frankreichs war. Noch dieser Tage forderten die Kommunisten z.B. in einer öffentlichen Erklärung die Aufrechterhaltung der französischen Rechte auf Reparationen und Sicherheit am Rhein.

In dem zweiten Aufsatz der "Humanité" wird allerdings dem französischen Leser nachgewiesen, dass die Sowjetunion in Deutschland nichts aufgegeben habe, "weder Königsberg noch die Oder- und Weisse-linie, noch die Reparationen, noch die Bestätigung des Grundsatzes der Kollektivschuld des deutschen Volkes". Die Kommunisten bedauern, dass die westlichen Alliierten nicht im gleichen Sinne dem Abkommen von Potsdam treugeblieben sind und stellen die vorbehaltlose Anerkennung dieses Abkommens als das wesentlichste Verdienst der Herren Ikeck und Grotewohl hin. Die folgenden Sätze sind besonders aufschlussreich: "Die genaue Anwendung des Abkommens von Potsdam hatte ihnen (den Deutschen in der Sowjetzone) übrigens jede politische und wirtschaftliche Grundlage entzogen. Sie stellten nichts mehr dar und man brauchte sie nicht mehr. Unter diesen Bedingungen hatten sie nichts anderes zu tun, als sich zu unterwerfen, und sie haben es auch sehr richtig getan...Man kann sicher sein, dass kein Risiko mehr besteht, wenn Stalin sagt, es wäre richtig, ihnen zu vertrauen".

Notenkrieg München - Koblenz

M.R. München, im Oktober 1949

Zwischen dem Land Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz fand ein "Notenwechsel" statt, dem folgende Tatsachen zugrunde lagen: In der Zeit vom 8. bis 12. Oktober statteten 30 Mitglieder des Bayerischen Landtages, einer Einladung des Pfalzausschusses folgend, der Pfalz einen Besuch ab. Unter diesen 30 Abgeordneten befand sich das Präsidium des Bayerischen Landtags sowie die Vorsitzenden und Stellvertreter der wichtigsten Landtagsausschüsse.

In einer Sitzung des Landtagspräsidiums kam es zu Auseinandersetzungen über die Frage, ob der Bayerische Landtag eine offizielle Delegation in die Pfalz schicken könne. Man entschloss sich schliesslich, diesen Besuch als "rein privater Natur" zu bezeichnen. Die Regierung von Rheinland-Pfalz verbot daraufhin ihren Beamten unter Berufung auf ihr Treueverhältnis, an den Versammlungen des "Ausschusses Bayern-Pfalz" teilzunehmen. Das veranlasste zunächst den Prälaten Walzer, einen der führenden Köpfe des Ausschusses in der Pfalz, nach München zu reisen, um die bayerische Staatsregierung zu einer Intervention gegen diesen Beschluss zu veranlassen. Prälat Walzer führte neben Gesprächen mit dem Hofmarschall des ehemaligen bayerischen Kronprinzen Rupprecht, Baron von Redwitz, auch Gespräche "in der bayerischen Staatskanzlei".

Nach den Besprechungen des Prälaten Walzer in der bayerischen Staatskanzlei richtete am 14. Oktober der bayerische Ministerpräsident ein Schreiben an den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, das an Schärfe nichts zu wünschen übrig lässt. Besonders weist der bayerische Regierungschef darin den Ausdruck "Annexionspropaganda", der für die Tätigkeit des genannten Ausschusses gebraucht wurde, zurück und betont, dass die Einbeziehung der Pfalz in das Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz keine Dauerlösung sein könne. Das Schreiben fährt fort: "Die bayerische Staatsregierung wird dem Ausschuss das Recht zu eigenen Entschlüssen und Massnahmen nicht beschränken und ist keineswegs gewillt, von der Regierung Rheinland-Pfalz Direktiven für ihr Verhalten entgegenzunehmen".

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, einige Hintergründe

aufzuzeigen. Es ist besonders der katholische Teil der Pfälzer Bevölkerung, der den Anschluss an Bayern wieder sucht, denn er verspricht sich mit dem katholischen Bayern eine günstigere Position für seine Tätigkeit. In Bayern hat man sich offiziell bisher Zurückhaltung auferlegt, aber mit Wissen und Willen der Regierung wurde der sogenannte Pfälzausschuss begründet, der sich in der Hauptsache aus höheren Ministerialbeamten, zumeist gebürtigen Pfälzern, zusammensetzt. Ihm wurde die Aufgabe übertragen, die Propaganda der Wiedervereinigung Bayerns mit der Pfalz zu pflegen. In einer Reihe von Ministerien sind "inoffizielle Verbindungsleute" bestimmt worden. Telefonisch ist der Pfälzausschuss über das bayerische Wirtschaftsministerium zu erreichen. Der Vorsitzende, Gebhard Orth, ist Direktor der Isarchemie, während der Geschäftsführer Schowalder Beamter des bayerischen Wirtschaftsministeriums ist. Nach den Angaben Schowalders handelt es sich bei dem Pfälzausschuss nicht etwa um einen "Vergnügungs- oder Trachtenverein", sondern um eine Vereinigung mit dem "Bestreben der politischen Willensbildung".

Der bayerische Ministerpräsident hat einmal geäußert, dass die Zeit "noch nicht" gekommen sei, Bayern werde aber sein Recht schon zu wahren wissen. Es scheint, dass man jetzt die Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern forcieren wird. Die Parole wird zweifellos lauten: Die Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern ist ein Akt der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechtes. Es kann sich aber nur um eine Auflockerung des Terrains handeln, da nach einem noch widerrufenen früheren Beschluss der Militärregouverneure die innerdeutschen Landesgrenzen erst nach Abschluss des Friedensvertrages geändert werden dürfen.
